

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Moritz Mairhofer

Titel: **Ä1 zu A4: LIBERALE WOHNBAUPOLITIK
STATT SOZIALISTISCHER TRÄUMEREI**

Antragstext

Von Zeile 5 bis 7 einfügen:

Lage, im Vergleich zu anderen großen europäischen Städten noch einigermaßen günstige Wohnpreise anbieten zu können. Der Schein trügt jedoch. Die (im Vergleich zu London, Paris oder München) günstigeren Preise liegen vor allem

Ä2

Antrag

Initiator*innen: Stefan Schett

Titel: Ä2 zu A4: LIBERALE WOHNBAUPOLITIK
STATT SOZIALISTISCHER TRÄUMEREI

Antragstext

Nach Zeile 48 einfügen:

- Im Sinne der Nachhaltigkeit soll sich die Stadt Wien dafür einsetzen, bei Neu- und Zubauten (vor allem in die Höhe) Dach- und Fassadenbegrünung zu fördern.

Begründung

Der Nachhaltigkeits-Aspekt fehlt in diesem Antrag bisher, obwohl wir gerade durch die Klima-Debatte zurecht über die Verbauung und die negativen Folgen der Bodenversiegelung sprechen. Entsprechende Maßnahmen zur Kühlung der Stadt gehören mitgedacht und passen auch zur offiziellen Strategie der Stadt Wien.

Ä3

Antrag

Initiator*innen: Daniel Szankovich (JUNOS Burgenland)

Titel: Ä3 zu A4: LIBERALE WOHNBAUPOLITIK
STATT SOZIALISTISCHER TRÄUMEREI

Antragstext

Nach Zeile 48 einfügen:

- Die Stadt Wien soll die Genossenschaften und Wiener Wohnen dazu veranlassen, keine Wohngebäude mit wenigen Etagen zu bauen (1-2 Etagen). Diese Gebäude nehmen viel Platz weg ohne diesen optimal auszunutzen. So sollte eine Mindesthöhe von beispielsweise vier Etagen festgesetzt werden um den Bodenverbrauch mit viel Wohnraum zu kompensieren. Diese Regel soll nicht für private Bauträger gelten.

Begründung

Im 21 Bezirk entstehen beispielsweise Wohngebäude, welche nur wenige Etagen hoch sind. In Anbetracht der hohen Nachfrage, der Platznot und der steigenden Bodenversiegelung sollte jeder Platz optimal genutzt werden. Daher sollten Wohnungen, welche von Wiener Wohnen oder einer Genossenschaft gebaut werden, eine gewisse Mindesthöhe aufweisen, damit der Platz optimaler genutzt wird. Eine Mindesthöhe von vier Etagen wäre ein guter Richtwert, da so ausgeschlossen ist, dass die Höhe des Gebäudes in Konflikt mit Einflugschneisen des Flughafen Wiens kommen. Sollte eine andere Mindesthöhe auch adäquat sein bzw. keine Konflikte im Luftraum verursachen, kann das Limit auch angehoben werden, besonders wenn die Wohnungsnot noch dramatischere Ausmaße annimmt.

Ä4

Antrag

Initiator*innen: Stefan Schett (in Vertretung von Daniel Szankovich)

Titel: Ä4 zu A4: LIBERALE WOHNBAUPOLITIK
STATT SOZIALISTISCHER TRÄUMEREI

Antragstext

Nach Zeile 48 einfügen:

- Die Stadt Wien soll die Genossenschaften und Wiener Wohnen dazu veranlassen, keine Wohngebäude mit wenigen Etagen zu bauen (1-2 Etagen). Diese Gebäude nehmen viel Platz weg ohne diesen optimal auszunutzen. So sollte eine Mindesthöhe von beispielsweise vier Etagen festgesetzt werden um den Bodenverbrauch mit viel Wohnraum zu kompensieren. Diese Regel soll nicht für private Bauträger gelten.

Ä5

Antrag

Initiator*innen: Anna Stürgkh

Titel: Ä5 zu A4: LIBERALE WOHNBAUPOLITIK
STATT SOZIALISTISCHER TRÄUMEREI

Antragstext

Von Zeile 125 bis 127:

Deshalb setzt sich JUNOS Wien dafür ein, dass die Bauausschüsse der Bezirksvertretungen in ~~den Verfahren für den Bezirk relevanten Bauverfahren in einer rechtlich sichereren Form an den Verfahren teilhaben.~~ Zukunft in Fragen zu Abweichungen vom Bebauungsplan nicht als Behörde agiert, um so sicherzustellen, dass behördliche Entscheidungen auf Basis von fachlicher und rechtlicher Expertise und nicht auf politischer Meinung getroffen werden.

Ä6

Antrag

Initiator*innen: Peter Berry

Titel: **Ä6 zu A4: LIBERALE WOHNBAUPOLITIK
STATT SOZIALISTISCHER TRÄUMEREI**

Antragstext

Von Zeile 180 bis 181 einfügen:

Zeitpunkt des Kaufes. Der Finanzierung des verbliebenen, noch nicht bezahlten Anteils der Wohnung erfolgt über den freien Markt. Beim Verkauf von Gemeindewohnungen soll die Stadt ein Rückkaufsrecht zum valorisierten Preis behalten.

Ä7

Antrag

Initiator*innen: Moritz Mairhofer

Titel: **Ä7 zu A4: LIBERALE WOHNBAUPOLITIK
STATT SOZIALISTISCHER TRÄUMEREI**

Antragstext

Von Zeile 64 bis 65 einfügen:

Nachvollziehbarkeit für die Bevölkerung an Projekten und schädigt dadurch das Vertrauen in die Institutionen der Stadt Wien.

Im Sinne der Transparenz muss gleichfalls sichergestellt sein, dass sich Gemeindewohnungen nicht in illegitimen Besitz befinden oder als politisches Machtinstrument dienen. Dazu sollte im Rahmen einer Überprüfungsaktion einmalig festgestellt werden, ob Wohnbedarfsgründe auch heute noch erfüllt sind und Hauptwohnsitze auch als ebensolche genutzt werden.